

Die Pflege in der Familie ist in Berlin die „tragende Säule der Versorgung“

BERLIN – Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Sicherstellung einer guten Pflege eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Das hat jetzt der Berliner Senat noch einmal betont. Die Pflege zuhause sei dabei in Berlin der Normalfall und der Wunsch der meisten Menschen. Drei Viertel der Pflegebedürftigen würden zu Hause gepflegt, die Hälfte von ihnen ohne professionelle Unterstützung versorgt. Die Pflege erfolge meistens durch Angehörige, Freunde und Bekannte und hier zu zwei Dritteln (66%) von Frauen.

Pflegesenatorin Dilek Kolat (SPD): „Pflegende Angehörige sind der größte Pflegedienst Berlins und damit die tragende Säule der pflegerischen Versorgung in der Stadt.“ Berlin habe schon früh die Weichen für eine vorrangig ambulante Versorgung gestellt und ein tragfähiges Beratungs- und Unterstützungssystem aufgebaut.

Die „Berliner Strategie zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen“ gliedert sich in **drei Handlungsfelder**:

Mit dem **Handlungsfeld „Anerkennungs- und Beteiligungskultur“** sollen einerseits die öffentliche Wahrnehmung und gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen pflegender Angehöriger verstärkt und andererseits pflegende Angehörige in die Weiterentwicklung der ambulanten Pflege in Berlin einbezogen werden. Dazu werden bestehende Angebote wie die „Woche der pflegenden Angehörigen“ durch den Gewinn weiterer Kooperationspartner und Unterstützer gestärkt und zeitlich und räumlich ausgebaut. Des Weiteren sollen die Belange pflegender Angehöriger auch bei anderen Veranstaltungsreihen, wie z. B.

der Woche der seelischen Gesundheit, der Berliner Hospizwoche, der Woche der Demenz oder der Berliner Seniorenwoche stärker berücksichtigt werden.

Im **Handlungsfeld „Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit“** sollen pflegende Angehörige zukünftig passgenaue Informationen und Beratung erhalten zu den Themen, die sie betreffen. Beispiele sind die rechtzeitige Vorbereitung auf eine Pflegesituation, Beratung bei Demenz, kultursensible Beratung, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für Angehörige oder die Beratung von Kindern und Jugendlichen mit Pflegeverantwortung. Die 36 Berliner Pflegestützpunkte sollen bekannter gemacht und besser vernetzt werden mit wichtigen Anlaufstellen wie Hausarztpraxen, Apotheken, Wohnungsbauunternehmen und spezialisierten Beratungsstellen.

Das dritte **Handlungsfeld** betrifft die **Unterstützung pflegender Angehöriger im Alltag**. So will die Initiative „Pflege 4.0 – Made in Berlin“, die Digitalisierung und Technisierung der Pflege im Sinne der Pflegebedürftigen, Pflegekräfte und pflegenden Angehörigen gestalten. Arztpraxen, Apotheken und andere Multiplikatoren sollen stärker als bisher in die Unterstützung pflegender Angehöriger eingebunden und ehrenamtliche Strukturen und Angebote zur Unterstützung im Alltag gestärkt werden.

SPD will Frauentag in Berlin als Feiertag

BERLIN – Die SPD will den sogenannten „Frauentag“ am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag in Berlin machen. Das wollen die genossen auf ihrem Landesparteitag im November

beschließen. Grund dafür ist, dass in allen Ost-Bundesländern am Reformationstag (31. Oktober) für die Arbeitnehmer frei ist – in der Hauptstadt aber nicht. Das benachteilige Pendler aus Berlin ins Umland.

Die Linke hat sich inzwischen mit einem anderen Vorschlag gemeldet. Parteichefin Katina Schubert sagte dem *Tagesspiegel*: „Der 8. Mai als Tag der Befreiung wäre unser erster Wunsch.“

Berliner Schutzpolizei hat Probleme bei der Ausbildung

BERLIN – Fast die Hälfte der Anwärter des mittleren Dienstes der Berliner Schutzpolizei haben vom vergangenen Jahr die Aufnahmeprüfungen zu den Themen Eingriffsrecht, Verkehrsrecht und Öffentliches Recht nicht bestanden. Darüber berichtet heute die *Berliner Morgenpost*.

Danach hatten 122 Anwärter den Test bestanden, 121 müssen den Test wiederholen. Schaffen sie das wieder nicht, ist ihre Ausbildung beendet. Auch im Jahrgang Frühjahr 2018 gab es ähnliche Probleme, weil 20 Prozent der Anwärter die Prüfung bei politischer Bildung nicht bestanden haben.

Schüler, die nicht bestanden haben, seien in vielen Fällen vor Gericht gezogen. Ihre Klagen: die Vorbereitungszeit zur Wiederholungsprüfung sei zu kurz gewesen, die Lehrer seien im Unterricht schlecht vorbereitet gewesen und der Unterricht sei zu häufig ausgefallen.

Lehrer-Meldeportal startet – Pazderski (AfD): „Wir wollen die politisch neutrale Schule“

BERLIN – Die AfD startet ein Internetportal, auf dem Schüler und Eltern Lehrer melden können, wenn die gegen ihre Neutralitätspflicht verstößen. Der Aufschrei bei Gewerkschaften und linken Politikern in Berlin ist groß. Wir haben uns gedacht: fragen wir mal direkt beim Verursacher der Aufregung nach. *Berlin.jetzt* im Gespräch mit dem Fraktionschef der AfD im Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski:

Herr Pazderski, ab heute sollen Berliner Schüler AfD-kritische Lehrer melden können. Die Bildungssenatorin und die Gewerkschaften haben zum Widerstand aufgerufen. Warum säen Sie soviel Unruhe an den Schulen?

Die Unruhe war schon vorher da, denn viele Eltern und Schüler haben seit langem den Eindruck, dass von einigen Lehrern ein politisch einseitiges Weltbild verbreitet wird. Das geht soweit, dass Schüler regelrecht zu einer bestimmten politischen Auffassung erzogen werden. Das ist nicht akzeptabel.

Wenn es solche Einzelfälle gibt, können diese doch aber auch bei der Schule oder dem Schulamt gemeldet werden. Wozu dann diese Kampagne?

Durch die übergeordnete Stellung des Lehrers trauen Schüler sich oft nicht, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie Angst vor Ausgrenzung oder schlechteren Noten haben. Genauso

geht es ihren Eltern. Trotz Hinweisen ihrer Kinder in der Schule schweigen sie lieber, weil sie fürchten, dass ihr Kind benachteiligt werden könnte. Darum wollen wir Schüler, Eltern und Lehrer verstärkt für dieses Problem sensibilisieren. Auch Schüler haben demokratische Rechte und in der Schule muss es einen großen Respekt vor der Meinungsfreiheit geben. Das gilt insbesondere für die Meinungen, die dem linken Zeitgeist unbequem sind.

Lehrer empfinden das aber als Denunziantentum...

Ich hätte mir gewünscht, dass die krakeelenden Kritiker sich das Portal erst einmal angeschaut hätten, bevor sie dagegen hetzen. Wir halten jeder Kritik stand. Die frei von Links erhobenen Vorwürfe und Vergleiche sind absurd und entbehren jeder Grundlage. Wir wollen die politisch neutrale Schule. Das ist geltendes Recht. Wer sich darüber hinwegsetzt, muss mit Kritik rechnen. Deswegen ist auch die Meldung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot legitim.

Damit sind aber Missbrauch und Hetze Tür und Tor geöffnet. Wie wollen Sie das verhindern?

Wir gehen da ganz gelassen ran. Für uns hat stets die schulinterne Lösung Vorrang. Oft lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Angelegenheit sofort klären. Dazu raten wir ausdrücklich. Erst wenn sich Schüler und Eltern nicht trauen, Probleme direkt mit dem Lehrer oder der Schulleitung zu besprechen, werden wir aktiv. Liegt ein begründeter Anfangsverdacht vor, bieten wir an, den Vorgang unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte zur **Überprüfung** an die Schulleitung oder **Schulbehörde** weiterzuleiten. Wir werden aber nichts ohne Rücksprache mit den Schülern und Eltern unternehmen und selbstverständlich alle uns übermittelten Daten vertraulich behandeln und keinesfalls veröffentlichen. Als Realpolitiker zählt für uns die Lösung, nicht die Show, wie bei den Altparteien.

Bildungssenatorin Scheeres warnt vor AfD-Portal

BERLIN – Pläne der Berliner AfD, ein Internetportal zu starten, auf dem Eltern und Schüler melden können, wenn Lehrkräfte im Unterricht ihre Neutralitätspflicht verletzen, empört Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD, Foto). Sie ruft dazu auf, sich nicht daran zu beteiligen. Die Politikerin weiter: „Es ist Aufgabe der Schule, die im Grundgesetz und Schulgesetz formulierten Werte wie Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Selbstverständlich darf keine Indoktrination von Schülern und Schülerinnen erfolgen.“

Migranten stellen ein Drittel der Bevölkerung in Berlin

BERLIN – Jeder dritte Einwohner der deutschen Hauptstadt hat einen Migrationshintergrund. Das belegen Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, die die *Berliner Morgenpost* veröffentlicht hat.

Danach leben in Stadtteilen der Bezirke Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg 50 bis mehr als 60 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Betrachte man nur die Kinder und Jugendlichen seien die Anteile noch weit höher und reichen bis zu mehr als 80 Prozent.

In „manchen Gegenden des alten West-Berlins“ wie in

Charlottenburg, Spandau, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg wohnen danach mehr als 40 Prozent Menschen, die aus Einwandererfamilien stammen. In den östlichen Bezirken sind deren Anteile dagegen generell viel geringer. In manchen eher dörflichen Ecken, besonders am Stadtrand Berlins, leben fast gar keine Zuwanderer.

Die meisten Einwanderer in Berlin sind türkischer Herkunft, es folgen Araber, Russen und Polen.

Hollywood-reifer Überfall auf Geldtransporter am Alex

BERLIN – Passanten, die zufällig in der Nähe standen, fühlten sich später an einen Hollywood-Thriller erinnert... Gestern morgen gegen 7.30 Uhr stoppten mehrere maskierte Männer einen Geldtransport der Sicherheitsfirma *WSN Sicherheit und Service GmbH* in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes (Schillingstraße).

Mit Schusswaffen bedrohten die Kriminellen die Mitarbeiter im Fahrzeug, brachen dann die Hintertür des Fahrzeugs auf und nahmen mehrere Kisten aus dem Innenraum mit. Auf ihrerer Flucht in einem Audi und einem Mercedes nahm ein Polizeiwagen, der zufällig in der Nähe unterwegs war, die Verfolgung über eine Spreebrücke in Richtung Kreuzberg auf. Aus einem der Täterfahrzeuge wurde daraufhin auf den Streifenwagen ein Schuss abgegeben. Die Beamten brachen daraufhin die Verfolgung ab.

SPIEGEL Online berichtete, dass es am Ort der Tat keine Videoüberwachung gebe und ein Ladenbesitzer vor Ort wird zitiert: „Wie kann man mit einem Geldtransporter in so eine

tote Straße fahren?“

AfD-Abgeordneter Gläser verliert Ausschussvorsitz

BERLIN – Der Berliner AfD-Abgeordnete Ronald Gläser ist als Vorsitzender des Datenschutzausschusses des Abgeordnetenhauses abgewählt worden. Alle Fraktionen außer der AfD stimmten dafür. Gläser hatte nach dem Tötungsdelikt gegen einen 35-jährigen Deutschen in Chemnitz vor einigen Wochen den Haftbefehl gegen den Tatverdächtigen aus dem Irak über Twitter verbreitet. Der Politiker sagte, er habe nicht gewusst, dass das eine Straftat sei.

CDU schließt Koalitionen mit Linke und AfD in Berlin aus

BERLIN – Koalitionen mit Linke und AfD schließt die Berliner CDU für die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus aus. Das beschlossen die Delegierten auf ihrem 43. Landesparteitag am Wochenende in der Auferstehungskirche in Friedrichshain. „Zuhause in Berlin – Gut wohnen. Gut leben“ – so lautete das

Motto der Veranstaltung. Landesvorsitzende Monika Grütters (56) beklagte in ihrer Rede, dass bei der Diskussion um Hubertus Knabe (59), den rausgeworfenen Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, nur über ihn gesprochen werde aber nicht über die Frauen, die mutmaßlich Opfer sexueller Übergriffe geworden seien.

Eine Abfuhr kassierte die Junge Union (JU), die bis Sommer kommenden Jahres den Spitzenkandidaten der CDU für die Wahl 2021 per Mitgliederentscheid regeln wollte. Da folgte der Parteitag nicht, wohl weil man fürchtete, dass ein Kandidat, der zu früh nominiert wird, dann leicht verheizt werde.

Berlins Haushaltslage ist „stabil und solide“ sagt Kollatz (SPD)

BERLIN – Der Senat hat heute auf Vorlage von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz (SPD) den Stabilitätsbericht 2018 beschlossen. Dieser gibt Auskunft über die zentralen Haushaltsskennziffern. Der aktuelle Bericht zeige, dass die Haushaltslage Berlins stabil und solide ist.

Bund und Länder sind verpflichtet, den Stabilitätsrat jährlich über die zentralen Haushaltsskennziffern zu informieren. Der Stabilitätsbericht betrachtet die Entwicklung des (strukturellen) Finanzierungssaldos, der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote und des

Schuldenstandes für die beiden zurückliegenden abgeschlossenen Haushaltsjahre. Der Bericht enthält auch Informationen zu den Sollzahlen für das laufende Haushalt Jahr und den Zeitraum der Finanzplanung. Außerdem wird auf Basis standardisierter Annahmen eine Prognose für den mittelfristigen Planungszeitraum getroffen.

Kollatz: „Berlin ist auf einem guten Weg. Wie schon im Vorjahr liegen drei der vier zentralen Haushaltskennziffern im grünen Bereich. Das ist vor allem das Ergebnis unserer klaren Konsolidierungspolitik. Lediglich der Schuldenstand pro Einwohnerin und Einwohner liegt noch über dem Schwellenwert. Wir arbeiten daher weiterhin entschlossen daran, diesen in Schritten abzubauen. Schritte, die vor zehn Jahren kaum jemand für möglich gehalten hat. Unser Hauptaugenmerk liegt aber nicht nur auf der Konsolidierung. Dank unserer hart erarbeiteten finanziellen Spielräume steigern wir das Investitionsvolumen deutlich. Dieser Zweiklang hat sich bewährt. Damit senken wir künftige Zinslasten und sind für die Ära der Schuldenbremse ab 2020 gewappnet. Gleichzeitig werden wir dem hohen Investitionsbedarf gerecht, insbesondere beim Schulbau oder der sozialen Infrastruktur. Diesen klaren Kurs gilt es beizubehalten, um für den Fall, dass die Zinsen wieder steigen, steuerungsfähig zu bleiben.“

Der Stabilitätsrat wurde mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz geschaffen. Das Bund-Länder-Gremium hat die vorrangige Aufgabe, fortlaufend die Haushaltswirtschaft aller Gebietskörperschaften zu überwachen und drohende Haushaltsnotlagen zu erkennen.